Blicke in die Zukunft.

Eine englische vielgelesene Wochenschrift veröffentlicht unter dem Titel „Blicke in die Zukunft" die Mitteilungen eines angeblich hohen englischen Diplomaten, der längere Zeit studienhalber in Deutschland geweilt hat und vor einigen Tagen in seine Heimat zurückgekehrt ist. Seine „Blicke in die Zukunft" sind insofern interessant, als sie im wesentlichen Gerüchte wiedergeben, die in Deutschland (obwohl schon häufig widerlegt) im Umlauf sind, und die mit Ereignissen der letzten Zeit in mehr oder minder engem Zusammenhang stehen. Zunächst ist ja eine „Kanzlerkrise" immer ein dankbares Thema und mit dem Hinweis auf eine

Änderung des Regierungskurses

in Deutschland beginnt denn auch der Artikel. Es ist von Kennern der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Herr v. Bethmann-Hollweg nach den Neuwahlen zum Reichstage eine Entscheidung darüber treffen wird, ob er die Reichsgeschäfte weiter führen will oder nicht. Auch der Kaiser wird eher nicht in die Lage kommen, der Entscheidung dieser Frage irgendwie näherzutreten. Wenn aber der Artikelschreiber sagt, Kaiser Wilhelm wolle im Hinblick auf die Ergebnisse der letzten Wahlen und auf die Ereignisse in Moabit einen General an die Spitze der Regierung berufen, um mit Hilfe eines „Mannes der starken Hand" die immer zunehmende

Bewegung nach links

einzudämmen, so darf, ohne weiteres behauptet werden, daß es sich dabei um eine bloße, durch nichts gestützte Vermutung handelt. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß der Artikelschreiber diese Weisheit aus jenen Kreisen heimgebracht hat, die im Gegensatz zu der Regierung der Meinung sind, daß der „zunehmende revolutionäre Gedanke lediglich unterdrückt werden kann durch ein eisernes Regiment". Kaiser Wilhelm aber hat schon vor mehr denn zwanzig Jahren seinem ersten Kanzler erklärt, daß er für Ausnahmegesetze und die durch sie bedingten Beschränkungen der Bürgerfreiheiten keineswegs zu haben sei. Es berührt eigentümlich, daß der Londoner Diplomat die Moabiter Vorgänge trotz der Feststellungen, die sowohl vor der Strafkammer als auch vor dem Schwurgericht getroffen worden sind, als eine

kleine Revolution

bezeichnet, die in England nicht möglich sei, obwohl doch London jüngst eine Straßenschlacht sah, gegen die die Unruhen in Moabit nur eine schwache Nachahmung genannt zu werden verdienen. Niemand wird leugnen wollen, daß Deutschland gegenwärtig eine ernste innerpolitische Krise durchlebt, die auf alle Gebiete staatlichen Lebens ihre Schatten wirft, aber wir wissen doch auch, daß dadurch das Verhältnis von Fürst und Volk nur indirekt berührt wird und gerade die Geschichte Preußen-Deutschlands lehrt ja, daß auch aus schwereren Krisen noch immer ein Weg zur Verständigung geführt hat. Und Kaiser Wilhelm, der in der ganzen Welt den Ruf eines Friedensfreundes genießt, wird sicherlich keine Maßregeln gutheißen oder selber treffen, die den Zwiespalt im Volke noch vertiefen müßten. Und wenn der Artikelschreiber endlich behauptet,

die Neuwahlen zum Reichstage

würden durch ihr Ergebnis die Regierung zu außergewöhnlichen Maßnahmen zwingen, so handelt es sich auch hier wieder lediglich um eine bloße Vermutung, die in den wirklichen Verhältnissen keine Stütze findet; denn Herr v. Bethmann-Hollweg hat ja schon vor längerer Zeit im Reichstage ganz offen erklärt, daß die Regierung zwar damit rechne, die Neuwahlen würden im Zeichen eines Ruckes nach links stehen, daß aber die Regierung keineswegs eine Revolutionierung befürchte; denn „an der Macht Theorien". Der Londoner Diplomat sieht also die Zukunft offenbar zu düster; wir aber hoffen auf diese selbe Zukunft und sind der Zuversicht, daß sie zusammenführen wird, was getrennt ist, daß sie die Kräfte unsrer besten Geister wieder einen wird zum gemeinsamen Wirken für das Wohl des Vaterlandes. Wäch er.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Gerücht, Kaiser Wilhelm werde gelegentlich seiner bevorstehenden Mittelmeerreise auf Veranlassung des Fürsten von Monaco mit dem Präsidenten der französischen Republik, Fallières auf dem Mittelmeer zusammentreffen, wird jetzt auch deutscherseits halbamtlich als unzutreffend bezeichnet.

* Als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Botschafters in Tokio, Frhr. Mumm v. Schwarzenstein, ist der Gesandte in Peking, Graf v. Rex, in Aussicht genommen.

* Der am Geburtstage Kaiser Wilhelms als erster Handwerker zum lebenslänglichen Mitglied des preußischen Herrenhauses ernannte Klempnermeister Plate ist der Vorsitzende der Hannoverschen Handelskammer und seit mehreren Jahren Obermeister der dortigen Klempnerinnung. Er ist ferner Mitglied des Landesgewerberats. Bei der letzten Reichstagswahl wurde er im Wahlkreise Hannover-Linden als Einigungskandidat der bürgerlichen Parteien aufgestellt; er erhielt jedoch nicht genügende Unterstützung. Obermeister Plate steht im Alter von 57 Jahren.

* Der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, General Leutwein, hat die ihm von den Konservativen und dem Bund der Landwirte angebotene Reichstagskandidatur für Karlsruhe-Bruchsal angenommen. 1907 ist in Karlsruhe in der Stichwahl gegen die Freisinnige Volkspartei (Stadtrat Weill) der Sozialdemokrat Geck mit 17 066 gegen 16 248 Stimmen gewählt worden, nachdem in der Hauptwahl 14 430 sozialdemokratische, 11 482 freisinnige, 9569 Zentrums- und 2684 konservative Stimmen abgegeben waren. Das Zentrum hat sich bereit erklärt, Leutwein, dessen Bruder evangelischer Pfarrer in der Nähe von Freiburg ist, aufs wärmste zu unterstützen.

Spanien.

* Die in französischen Zeitungen verbreiteten Nachrichten von einer bevorstehenden Trennung des spanischen Königspaares haben die Regierung zu der Erklärung veranlaßt, daß eine solche Absicht nicht besteht, es sei vielmehr sicher, daß die Zwistigkeiten (die auf die Mutter des Königs zurückgeführt werden) völlig aufhören. Man gibt also zu, daß Zwistigkeiten zwischen dem Königspaare bestehen.

Portugal.

* Nach dem neuen Wahlgesetz, das die Verhältniswahl vorsieht, sollen bereits in wenigen Wochen die Neuwahlen angeordnet werden. Nicht wahlberechtigt sind nach dem Entwurf bei der Truppe stehende Soldaten, Leute, die Armenunterstützung erhalten, Verurteilte, Entmündigte und Bankrottierer. Wählbar sollen alle Lese- und Schreibkundigen sein, ausgenommen aktive Militärs, Beamte, Mönche irgendeiner Religionsgemeinschaft, Personen, die durch Vertrag an den Staat gebunden sind, und Direktoren staatlich unterstützter Gesellschaften.

Balkanstaaten.

* Trotz der umfassenden Vorbereitungen der Türkei zur Bekämpfung des Aufstandes in Arabien ist die Lage nach wie vor sehr ernst, ja, die neuesten Berichte lassen erkennen, daß immer neue Stämme der Wüstenbewohner sich den Aufständischen anschließen. Wie verlautet, hat die türkische Regierung bereits eine Truppenmacht von 20 000 Mann in das Aufstandsgebiet entsandt. Aber es müssen noch Verstärkungen aufgebracht werden, da sich die Zahl des Gegners auch nicht annähernd feststellen läßt.

Amerika.

* Die Furcht vor den Japanern nimmt in Kalifornien immer mehr zu. So ist jetzt in der gesetzgebenden Versammlung beschlossen worden, den Kongreß der Ver. Staaten zu ersuchen, eine Anzahl von Schlachtschiffen an die Küste des Stillen Ozeans zu entsenden, um einen etwaigen Angriff Japans rechtzeitig abwehren zu können.

Deutscher Reichstag.

⊕ Der Reichstag hatte am 28. d. Mts. wieder einmal einen großen Tag. In einer längeren Rede trat der Reichskanzler für die Vorlage betr. die Verfassung für Elsaß-Lothringen ein, nachdem der Abg. Winckler (kons.) erklärt hatte, daß seine Parteifreunde der Regierungsvorlage nicht mit heller Begeisterung zustimmen, weil das Land noch nicht reif sei für eine Verfassung.

Darauf nahm der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg zu folgender Begründung der Vorlage das Wort: Im allgemeinen habe ich aus dem bisherigen Verlauf der Debatte einen freundlichen Eindruck gehabt. Allerdings ist die Ansicht weit verbreitet, daß, wenn überhaupt etwas getan werden sollte, dann nur die

Einverleibung der Reichslande,

sei es in Preußen, sei es in andern Bundesstaaten, in Frage kommen könne. Ich will nicht erörtern, ob eine solche Regelung der Dinge, wenn sie im Anfang erfolgt wäre, zweckmäßig gewesen wäre, heute ist sie jedenfalls unmöglich. Der Reichskanzler geht dann noch einmal auf die Politik Bismarcks gegenüber den Reichslanden ein und führt weiter aus: Ich kann die Einwände, die gegen die Gestaltung des Wahlrechts zur elsaß-lothringischen Landesvertretung erhoben worden sind, nicht für stichhaltig ansehen. Wir können nicht nach Elsaß-Lothringen ein beliebiges fremdes Wahlrecht tragen. Wir müssen auf der Grundlage weiterbauen, die dem Lande kraft seiner Geschichte, kraft der sozialen Schichtungen und der Denkungsart seiner Bewohner eigentümlich ist. Sonst verlieren wir jede Berührung mit den Verhältnissen des Landes. Das möchte ich auch dem Abg. Naumann sagen, der die Systematik ironisiert hat, in der ein preußisches Klassenwahlrecht neben einem freieren elsaß-lothringischen Wahlrecht steht. Wer an das Unbedingte politischer Einrichtungen glaubt, wer im Besitze eines solchen absoluten Dogmas ist, der hat einen bequemen Kamm, über den er alles scheren kann. Ich kann mich bei Elsaß-Lothringen nur fragen: Wie ist das in diesem Lande übliche, seinen Bewohnern gewohnt gewordene Wahlrecht zu gestalten, damit die aus ihm hervorgehende Landesvertretung die Geschäfte so besorgen kann, daß die Wohlfahrt des Landes und zugleich die Wohlfahrt des Reiches besser als bisher gefördert werden! Auf denselben Standpunkt stelle ich mich auch gegenüber der

preußischen Wahlrechtsfrage.

Es ist ganz unmöglich, die Aufgaben, die Preußen dem Reiche gegenüber übertragen sind, mit der Stellung irgendeines andern Gebiets des Reiches in Vergleich zu setzen. Denken Sie sich doch, wenn man Preußen nach den radikalen Wünschen ein Wahlrecht verliehe, das den Massen die Herrschaft über das Parlament und dann nach Ihren Wünschen auch die Herrschaft über die Regierung auslieferte, daß also je nach der Stimmung im Parlament und jedenfalls je nach dem Wahlausfall das preußische Ministerium und mit ihm der Reichskanzler und seine Stellvertreter wechseln sollten, wenn dann die Vormacht in der Reichsleitung, die doch gleichzeitig die Führerin preußischer Bundesratsstimmen ist, bald diese, bald jene vom preußischen Parlament diktierte Reichspolitik treiben sollte, so wäre das gleich einer

Auflösung unsres Reiches.

Preußen wird sein Wahlrecht nach seinen eigenen Bedürfnissen und ohne das Muster andrer Bundesstaaten zum Vorbilde zu nehmen, so gestalten, daß es als Vormacht eine stetige Reichspolitik führen kann. Wir hoffen von den Einrichtungen, die wir Ihnen vorschlagen, daß sie das politische Leben in den Reichslanden neu anregen werden, und daß jeder Zuwachs an Macht und an Stärke, den Elsaß-Lothringen damit erfährt, auch dem Reiche zugute kommen wird. Das ist das alleinige Ziel, das uns bei unsern Vorlagen vorschwebt und ich richte auch an den Reichstag die Bitte, daß er bei seinen Beratungen und Entschließungen nur diesem Ziele zusteuern möge.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dove (Vp.), Gregoire (Hosp. d. Natl.), Höffel (freikons.), Wetterle (Elsässer) und Mielczinski (Pole) wird die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Am 30. Januar steht der Gesetzentwurf betr. die bei einem obersten Landgericht einzulegende Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, der eine Lücke in bezug auf die Revisionsfähigkeit der bayrischen Rechtssachen beseitigen will, zur ersten Lesung.

Staatssekretär Lisco: Ich kann Ihnen nur empfehlen, diesen Gesetzentwurf anzunehmen. Er bezweckt nur, das Landesrecht unter Vermeidung einer weiteren Belastung des Reichsgerichts revisionsfähig zu machen.

Abg. Junck (nat.-lib.): Wir lehnen den Entwurf ab.

Bayrischer Justizminister Ritter v. Miltner: Nicht um einen Eingriff des Reichsrechts handelt es sich, sondern Bayern soll in der Lage sein, die Rechtseinheit auf dem Gebiete des Landesrechts zu wahren.

Abg. Speck (Zentr.): Meine Freunde stimmen dem Entwurf zu. Zum bayrischen Oberlandesgericht kann man das Zutrauen haben, daß es die Zuständigkeitsfrage loyal entscheiden wird.

Damit schließt die Erörterung. Der Entwurf wird darauf in zweiter Lesung angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Geh. Kriegsrates Uhlenbrock, soweit sie eine Prüfung der Verhältnisse der Militärverwaltung, sowie die Herausnahme der Militärintendanten aus dem § 25 des Reichsbeamtengesetzes, der die Versetzung in den Ruhestand ermöglicht, betrifft, beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, die dritte Forderung des Petenten auf Prüfung des Verfahrens bei seiner Entlassung dagegen durch Übergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Preußischer Kriegsminister Frhr. v. Heeringen: Der Intendant des zweiten Armeekorps Geh. Kriegsrat Uhlenbrock wurde 1906 zur Disposition gestellt, weil er nicht für fähig gehalten wurde, die Vorbereitungen zum Kaisermanöver zu treffen. Er mit den schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen, ihm fehlte die erforderliche Selbständigkeit und Tatkraft, er war hochgradig nervös, alles Eigenschaften, die es unmöglich machten, ihm für den Mobilmachungsfall die Korpsintendantur anzuvertrauen. Die Behauptung Uhlenbrocks, er sei auf das einseitige Urteil des kommandierenden Generals entlassen worden, ferner daß er vorher keine Eignungsberichte erhalten habe, widerspricht den Tatsachen, sind Phantasiegebilde, ist eine fixe Idee dieses alten Beamten. Der § 25 ist unentbehrlich. Dem Kriegsministerium ist es peinlich, in dieser Weise gegen einen alten Beamten vorzugehen.

Vereinfachungen im Dienste

werden schon lange erwogen.

Abg. Sommer (fortschr. Vp.): Die Aufklärungen des Herrn Kriegsministers sind sehr dankenswert. Nur ist es verwunderlich, daß der Regierungsvertreter in der Kommission nicht das geringste von dem allen erklärt hat. Es ist befremdlich, daß man heute erst alles Material zugänglich macht und damit den Petenten vor der Öffentlichkeit bloßstellt. Woher kommt es, daß man einem Beamten mit einem Titel auszeichnet, der nicht mehr die genügenden Fähigkeiten haben soll?

Kriegsminister v. Heeringen: Ich habe vorhin nur ausführlicher dargelegt, was in der Kommission seinerzeit erklärt worden ist. Ich war es meiner Verwaltung schuldig, die ganzen Verhältnisse hier zu erörtern.

Abg. Kuhnert (soz.): Der Kriegsminister müht sich, Herrn Uhlenbrock als eine vertretbare Persönlichkeit hinzustellen. Das ist ein bequemer Ausweg. Der Fall beweist, daß eine Reorganisation der Verwaltung nötig ist.

Abg. Erzberger (Zentr.): Es wäre besser gewesen, wenn die Personalakten des Petenten der Kommission überwiesen worden wären. Aber da das nun nicht geschehen ist, war der Kriegsminister doch verpflichtet, sie hier bekannt zu geben. Ich bin nicht abgeneigt, einer Änderung des § 25 zuzustimmen. Für politische Beamte paßt derselbe nicht. Besonders für Beamte, die Millionenobjekte zu verwalten haben, genügt er schon längst nicht. Wir sind nicht in der Lage, die Konsequenzen einer solchen Petition bei der Etatsberatung in der Budgetkommission zu ziehen. Die persönliche Seite der Petition ist durch die Erklärungen des Kriegsministers erledigt.

Abg. v. Byern (kons.): Die Ausführungen des Herrn Kriegsministers haben meine Freunde überzeugt, daß die Verabschiedung des Herrn Kriegsrates Uhlenbrock zu Recht besteht. Wir stimmen dem Kommissionsantrage zu.

Abg. Weber (natlib.): Hoffentlich werden die persönlichen Verhältnisse eines Petenten von nun an nur in der Petitionskommission erörtert.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte schloß die Erörterung. Der Kommissionsvorschlag wurde angenommen.

Die Petition betr. die Verunreinigung des Mains durch Fabrikhäuser wurde nach kurzer Erörterung gemäß dem Kommissionsantrage dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt die Petition betr. Änderung des Impfgesetzes.

Abg. Pfeiffer (Zentr.): Ich bin mir der Schwierigkeit der Materie wohl bewußt. Die Kampfesweise zwischen den Anhängern und Gegnern des Impfzwanges ist eine bedauerliche. Ich bin für die Impfung, ohne mich dem schweren Bedenken zu verschließen, die sich aus einzelnen Begleiterscheinungen ergeben.

Nach kurzer Erörterung beschließt das Haus die Überweisung als Material.

Darauf vertagt sich das Haus.

Der Kaffee-Corner.

7] Roman von Cyrus Townsend Brady.

(Fortsetzung.)

Das war Mr. Cutter allerdings nicht. Aber er erlaubte sich die Frage, ob der „andre" mehr Hoffnung habe als er. Und darauf gab ihm Miß Livingstone die offene unumwundene Antwort, betreffs des andern sei sie „noch ganz unentschieden", daß er aber, Mr. Cutter, eine günstige Antwort erhalten würde, sei höchst unwahrscheinlich. Und da Mr. Cutter das nicht als eine direkte Ablehnung seines Antrages ansehen wollte, so erklärte er, er werde sich seine Antwort auch am Neujahrstage holen. Miß Livingstone versprach nun auch ihm, am genannten Tage ihre Entscheidung bekanntzugeben, und die Folge davon war, daß zu den „American Beauty's", die „der andre" jeden Tag einschickte, jetzt jeden Tag eine Schachtel Veilchen, die Lieblingsblume Mr. Cunningham Cutters, hinzukam.

Etwa eine Stunde später, nachdem Mr. Cutter gegangen war, erschien der ehrenwerte Reginald Kentigern Killigrew usw. usw. und ließ sich bei Miß Livingstone melden. Sein Erscheinen war das Resultat einer Verschwörung zwischen Miß de Koster, Miß van Stuylen und Vertie Livingstone. Ein Kabeltelegramm, das zufällig an dem Tage aus London angelangt war, gab ihm die lange gesuchte Gelegenheit, sich seiner Herzensflamme wieder zu nähern.

Das Telegramm war von seinem Vater und benachrichtigte ihn, daß „Seine Exzellenz, der Herr Premierminister Seiner Majestät des allergnädigsten Königs, ihn, Baron Revalstone, in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um das Land und die Nation zum Earl ernannt habe und daß Reginald Kentigern usw. usw. daher zum Lord avanciere. Das teilte Reginald usw. usw. seiner angebeteten Schönheit in seiner gewissen stammelnden Weise mit. „Nun weiß ich," setzte er hinzu, „daß Sie über solche Dinge — erhaben sind — Aber trotzdem die meisten jungen Damen Ihres — Ihres —"

„Alters —" kam ihm Miß Livingstone zu Hilfe.

„O!" wehrte Mr. Reginald usw. entrüstet ab, „— halten es für eine sehr hübsche — angenehme Sache — ein Lord — o — pardon — eine Lady zu werden — Und ich — Sie wissen's ja längst, möchte Sie gern — ganz rasend gern zu meiner Lady machen. Jawohl — ich will auch alles, was mir der alte Mann gibt, sehr gern Ihnen verschreiben — und — er ist nicht knickerig — o nein. Er weiß, was man zum Leben braucht — und wenn er einmal abscheidet, dann scheidet er gut ab — obwohl ich hoffe, daß er's noch lange nicht tut."

„Aber ich könnte ja beinahe Ihre Mutter sein."

„Bitte — bitte — tun Sie das nicht — sagen Sie so etwas nicht — es empört mich."

„Und dann — wir in Amerika heiraten die Söhne nicht um dessentwillen, was die Väter sind —"

„O doch! Das heißt — ich kenne einzelne Damen, die das tun."

„Zu denen gehöre ich aber nicht."

„Schade. Aber — hm — würden Sie mich denn heiraten wollen, wenn — hm — wenn ich selbst etwas würde — ich meine — so aus mir selber heraus?"

„Ich weiß es nicht. Wahrscheinlich nicht."

„Aber würden — wie soll ich sagen — meine Chancen dadurch vielleicht etwas bessere werden?"

„Vielleicht bei mir nicht. Jedenfalls aber Ihre Chancen fürs Leben."

„Was soll ich also tun? Raten Sie mir."

„Das müssen Sie mit sich selber ausmachen. Es gibt leider keine Drachen mehr, die Sie für mich bekämpfen können. Und —"

„O, Sie fangen wieder zu spotten an — und mir ist es so blutiger Ernst —"

„Wirklich?" und sie lachte dabei. „Nun, wissen Sie was, dann will ich Ihnen einen Tip geben. Gestern war ein Herr bei mir, der mir erklärte, er wolle sich schnell ein Riesenvermögen verschaffen und dann um meine Hand anhalten."

„Und Sie — haben Sie den Antrag angenommen?"

„Nein. Er hat mir ja gar keinen gemacht. Er will ihn ja erst machen, wenn er das Geld hat. Der wenigstens, er will die Antwort darauf erst dann haben. Ich bin also an gar nichts gebunden."

„O — dann ist alles gut. Dann werde ich ihm zuvorkommen, denn was ein andrer kann — das — das kann ich auch — versuchen. Und wieviel will er schaffen? Und — bis wann?"

„Bis zum ersten Januar zehn Millionen Dollar."

„Zehn Milli—o— Da — das sind ja zwei Milli — onen Pfund!"

„Ganz recht. Das sind sie."

„Hm — ja — das — Und wenn ich sie nun auch mache, werden Sie mich dann auch heiraten wollen?"

Miß Livingstone lachte. Das Sinnlose dieser Frage war selbst für ihre gesellschaftliche Höflichkeit zu groß. „Jedenfalls werde ich Ihrem Antrage größere Beachtung schenken als jetzt," sagte sie. „Nicht um des Geldes willen, natürlich, aber weil es ein großer Beweis für Ihre so außerordentlichen Fähigkeiten wäre. Aber ich binde mich nicht, binde mich ganz und gar nicht." Und sie lachte schon wieder.

Der sehr ehrenwerte Mr. Reginald Kentigern Killegrew von Smith-Pogis, zweiter Baron von Revalstone, sann einen Augenblick lang nach. „Ich habe in meinem ganzen Leben", sagte er dann, „noch nie einen Pfennig verdient, aber ich weiß, daß es viele Leute gibt, die das können, und an der Börse größe Vermögen sich machen. Sie haben doch auch davon schon gehört?"

„Allerdings," sagte sie.

„Es soll dort fabelhaft leicht sein, Geld zu verdienen. Ich werde es also auch dort versuchen."

„Wenn ich Ihnen einen Rat geben kann, versuchen Sie's dort lieber nicht."

„Aber, liebste Miß Livingstone, was kann ich denn sonst tun? Es ist doch das einzige Mittel, um Sie vielleicht doch zu besitzen."